



Antrag auf Erteilung / Verlängerung einer Duldung gem. § 60a AufenthG

Familienname / Soyadı	
Vorname(n) / Adı	
Geschlecht / Cinsiyet	
Geburtsdatum / Doğum tarihi	
Geburtsort / Doğum yeri	
Staatsangehörigkeit / Uyruk	
Genaue Anschrift im Heimatland / Kendi ülkenizdeki tam adres	
Ich besitze einen Reisepass oder Passersatz / Pasaportum veya pasaport yerine geçen belgem var	☐ ja, ich besitze einen, Nr..... ☐ evet, benim var, No..... ☐ nein, ich besitze keinen Reisepass ☐ hayır, benim pasaportum yok
Freiwillige Ausreise / Gönüllü geri dönüş	☐ Ich werde freiwillig bis zum aus dem Bundesgebiet ausreisen. ☐ Ich werde nicht freiwillig aus dem Bundesgebiet ausreisen, weil ☐ Almanyadan tarihine kadar kendi isteğim ile çıkacağıma dair taahhüt veriyorum. ☐ Almanya'yı gönüllü olarak terk etmeyeceğim, çünkü



Ich bestätige hiermit, dass ich von der Ausländerbehörde gem. § 49 AufenthG aufgefordert wurde, richtige Angaben zu meiner Identität und Staatsangehörigkeit zu machen. Ich versichere, dass die Angaben im vorstehenden Antrag richtig sind.

AufenthG § 49 uyarınca Yabancılar Dairesi tarafından kimliğim ve uyruğum hakkında doğru bilgi vermemin talep edildiğini onaylıyorum. Yukarıdaki başvuruda yer alan bilgilerin doğru olduğunu teyit ederim.

Ort, Datum
Yer, Tarih

Unterschrift
İmza



Belehrung

Passpflicht

Grundsätzlich muss ein Ausländer in Deutschland einen gültigen Pass oder Passersatz besitzen (**§ 3 Abs. 1 AufenthG**). Er ist verpflichtet, seinen Pass oder Passersatz auf Verlangen der Ausländerbehörde vorzulegen (**§ 48 Abs. 1 AufenthG**). Wer sich ohne Pass oder Ausweisersatz in der Bundesrepublik Deutschland aufhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft (**§ 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG**).

Ein Ausländer, der keinen Pass oder Passersatz besitzt und diesen nicht erlangen kann, kann ein deutsches Ausweispapier (Ausweisersatz) erhalten. Hierzu muss er bei der zuständigen Ausländerbehörde einen Antrag stellen und konkret nachweisen, dass es ihm nicht möglich oder unzumutbar ist, sich einen Pass oder Passersatz zu beschaffen.

Besitzt der Ausländer keinen gültigen Pass oder Passersatz, muss er bei der Beschaffung des Identitätspapiers mitwirken, sowie alle Urkunden und sonstigen Unterlagen, die für die Feststellung seiner Identität und Staatsangehörigkeit von Bedeutung sein können und die er besitzt, der Ausländerbehörde vorlegen (**§ 48 Abs. 3 AufenthG**).

Verpflichtung zu wahren Angaben

Jeder Ausländer ist verpflichtet, gegenüber der Ausländerbehörde Angaben zu seinem Alter, seiner Identität (Name, Vornamen, Geburtsname, Geburtsdatum, Geburtsort und Wohnort) und Staatsangehörigkeit zu machen (**49 Abs. 2 AufenthG**).

Im Rahmen der Pass- bzw. Passersatzpapierbeschaffung ist es maßgeblich, dass Ihre Identität geklärt werden kann. Sie sind somit dazu verpflichtet wahrheitsgemäße Angaben zu Ihrer Person zu machen.

Wenn Sie unrichtige oder unvollständige Angaben machen, um Ihre Identitätsklärung zu verhindern,

- machen Sie sich nach den deutschen Gesetzen strafbar. Dies kann mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden (**§ 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG**)
- erfüllen Sie einen Ausweisungstatbestand (**§ 53 Abs. 1 AufenthG i. V. m. § 54 Abs. 2 Nr. 10 AufenthG**). Dies hat zur Folge, dass Sie ausgewiesen werden können und Ihnen dann auch bei Vorliegen eines Anspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltsrechts dieses nicht erteilt werden kann.

Das Gleiche gilt bei falschen oder unvollständigen Angaben zur Erlangung eines deutschen Aufenthaltstitels, eines Passersatzes oder der Zulassung einer Ausnahme von der Passpflicht.



Belehrung nach § 50 Abs. 4 AufenthG

Auf Grund Ihrer Ausreisepflicht sind Sie nach § 50 Abs. 4 AufenthG verpflichtet, jeden Wohnungswechsel und jedes Verlassen des Bezirks der Ausländerbehörde für **mehr als drei Tage** vorher der für Sie zuständigen Ausländerbehörde anzuzeigen. Wenn Sie gegen diese Verpflichtung verstoßen, müssen Sie damit rechnen, dass Sie in Sicherungshaft (Abschiebehaft) genommen werden (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 i. V. m. § 62 Abs. 3a Nr. 3 AufenthG).

Besondere Belehrung nach § 60b AufenthG

Gem. § 60b ist Ihnen bei der Beschaffung von Pass- oder Passersatzdokumenten regelmäßig zumutbar:

1. in der den Bestimmungen des deutschen Passrechts, insbesondere den §§ 6 und 15 des Passgesetzes in der jeweils geltenden Fassung, entsprechenden Weise an der Ausstellung oder Verlängerung mitzuwirken und die Behandlung eines Antrages durch die Behörden des Herkunftsstaates nach dem Recht des Herkunftsstaates zu dulden, sofern dies nicht zu einer unzumutbaren Härte führt,
2. bei Behörden des Herkunftsstaates persönlich vorzusprechen, an Anhörungen teilzunehmen, Lichtbilder nach Anforderung anzufertigen und Fingerabdrücke abzugeben, nach der Rechts- und Verwaltungspraxis des Herkunftsstaates erforderliche Angaben oder Erklärungen abzugeben oder sonstige nach der dortigen Rechts- und Verwaltungspraxis erforderliche Handlungen vorzunehmen, soweit dies nicht unzumutbar ist,
3. eine Erklärung gegenüber den Behörden des Herkunftsstaates, aus dem Bundesgebiet freiwillig im Rahmen seiner rechtlichen Verpflichtung nach dem deutschen Recht auszureisen, abzugeben, sofern hiervon die Ausstellung des Reisedokumentes abhängig gemacht wird,
4. sofern hiervon die Ausstellung des Reisedokumentes abhängig gemacht wird, zu erklären, die Wehrpflicht zu erfüllen, sofern die Erfüllung der Wehrpflicht nicht aus zwingenden Gründen unzumutbar ist, und andere zumutbare staatsbürgerliche Pflichten zu erfüllen,
5. die vom Herkunftsstaat für die behördlichen Passbeschaffungsmaßnahmen allgemein festgelegten Gebühren zu zahlen, sofern es nicht für ihn unzumutbar ist und
6. erneut um die Ausstellung des Passes oder Passersatzes im Rahmen des Zumutbaren nachzusuchen und die Handlungen nach den Nummern 1 bis 5 vorzunehmen, sofern auf Grund einer Änderung der Sach- und Rechtslage mit der Ausstellung des Passes oder Passersatzes durch die Behörden des Herkunftsstaates mit



hinreichender Wahrscheinlichkeit gerechnet werden kann und die Ausländerbehörde ihn zur erneuten Vornahme der Handlungen auffordert.

Sie sind hiermit auf Ihre Pflichten im Sinne des § 60b Abs. 3 Satz 2 AufenthG hingewiesen worden.

Sollten Sie den unter Nr. 1, 2 und 6 genannten Verpflichtungen nicht nachkommen, bestehen bei Ihnen kraft Gesetzes konkrete Anhaltspunkte für Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG). Die dadurch Begründete Fluchtgefahr führt dazu, dass Sie zur Sicherung der Abschiebung in Sicherungshaft genommen werden können (Abschiebehaft) (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AufenthG).

Belehrung zur Geltendmachung von krankheitsbedingten Abschiebehindernissen:

Grundsätzlich wird vermutet, dass der Abschiebung gesundheitliche Gründe nicht entgegenstehen (§ 60a Abs. 2c AufenthG).

Nach den Bestimmungen des § 60a Abs. 2c und 2d AufenthG werden Sie drauf hingewiesen, dass Sie im Falle einer Erkrankung die zu krankheitsbedingten Abschiebehindernissen führen könnte, eine qualifizierte ärztliche Bescheinigung eines Facharztes mit der Tatsacherhebung, fachlich medizinischen Beurteilung des Krankheitsbildes (Diagnose), des Schweregrad der Erkrankung und dessen voraussichtlichen Folgen vorlegen müssen. Dies dient lediglich zur Feststellung der Reisefähigkeit bzw. Reiseunfähigkeit.

Bei Vorliegen der Bescheinigung ist diese unverzüglich in der Ausländerbehörde des Landratsamtes Rosenheim vorzulegen (§ 60a Abs. 2d Satz 1 AufenthG). Wenn die Vorlage unverschuldet verspätet erfolgt, muss diese nicht berücksichtigt werden (§ 60a Abs. 2d Satz 2 AufenthG). Die lebensbedrohliche oder schwerwiegende Erkrankung muss sich durch die Abschiebung wesentlich verschlechtern. Ärztlichen Untersuchungen, die seitens der Ausländerbehörde angeordnet werden, sind Folge zu leisten. Bei Weigerung kann die Erkrankung unberücksichtigt bleiben (§ 60a Abs. 2d Satz 3 AufenthG).

Sollten Sie einer Anordnung zur ärztlichen Untersuchung durch eine Behörde nicht nachkommen, bestehen bei Ihnen kraft Gesetzes konkrete Anhaltspunkte für Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG). Die dadurch begründete Fluchtgefahr führt dazu, dass Sie zur Sicherung der Abschiebung in Sicherungshaft genommen werden können (Abschiebehaft) (§ 62 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 AufenthG).

Der Erhalt der Belehrung wird hiermit bestätigt:

(Ort, Datum)

(Unterschrift)



Bilgilendirme

Pasaport Zorunluluğu

Almanya'da bulunan bir yabancı prensip olarak geçerli bir pasaporta veya pasaport yerine geçen bir belgeye sahip olmalıdır (**İkamet Kanunu'nun (AufenthG) 3. maddesi 1. fıkrası**). Talep edilmesi halinde pasaportunu veya pasaport yerine geçen belgesini yabancılar dairesine ibraz etmekle yükümlüdür (**İkamet Kanunu'nun 48. maddesi 1. fıkrası**). Pasaportu ya da kimlik yerine geçen bir belgesi olmadan Almanya Federal Cumhuriyeti'nde bulunan kişiler hakkında bir yıla kadar hapis cezası ya da adli para cezası uygulanır (**İkamet Kanunu'nun 95. maddesi 1. fıkrası 1. bendi**).

Pasaportu veya pasaport yerine geçen belgesi olmayan ve bunları temin edemeyen bir yabancı, Alman kimlik belgesi (kimlik belgesi yerine geçen belge) alabilir. Bunun için ilgili yabancılar dairesine başvurmalı ve pasaport veya pasaport yerine geçen bir belge temin etmesinin imkânsız veya kendisinden beklenemez olduğunu somut delillerle kanıtlamalıdır.

Yabancı'nın geçerli bir pasaportu veya pasaport yerine geçen bir belgesi yoksa, kimlik belgesinin temini aşamasında işbirliği yapmalı ve kimliğinin ve vatandaşlığının tespiti için önemli olabilecek ve sahip olduğu tüm belgeleri ve diğer evrakı yabancılar dairesine sunmalıdır (**İkamet Kanunu'nun 48. maddesi 3. fıkrası**).

Doğru Bilgi Verme Yükümlülüğü

Her yabancı, yabancılar dairesine karşı yaşı, kimlik bilgileri (soyadı, adı, ilk soyadı, doğum tarihi, doğum yeri, ikamet yeri) ve uyruğu hakkında bilgi vermekle yükümlüdür (**İkamet Kanunu'nun 49. maddesi 2. fıkrası**).

Pasaport veya pasaport yerine geçen bir belge temin edilirken kimliğinizin açıklığa kavuşturulması çok önemlidir. Dolayısıyla kimlik bilgileriniz hakkında doğru beyanda bulunmakla yükümlüsünüz.

Kimliğinizin açıklığa kavuşturulmasını engellemek amacıyla yanlış veya eksik bilgi vermeniz halinde,

- Alman yasalarına göre kovuşturmaya tabi tutulabilirsiniz. Hakkınızda üç yıla kadar hapis cezası ya da adli para cezası uygulanabilir (**İkamet Kanunu'nun 95. maddesi 2. fıkrası 2. bendi**).
- Sınır dışı edilme kriterlerinden birini yerine getirmiş olursunuz (**İkamet Kanunu'nun 53. maddesi 1. fıkrası ile 54. maddesi 2. fıkrası 10. bendi**). Bu, sınır dışı edilebileceğiniz ve hakkınız olsa dahi ikamet hakkının size verilemeyeceği anlamına gelir.



Aynı husus, Alman ikamet izni statüsü, pasaport yerine geçen bir belge veya pasaport zorunluluğundan muafiyet izni almak için yanlış veya eksik bilgi verilmesi durumunda da geçerlidir.

İkamet Kanunu'nun 50. Maddesi 4. Fıkrasına Göre Bilgilendirme

Ülkeyi terk etme yükümlülüğünüz nedeniyle, İkamet Kanunu'nun 50. maddesi 4. fıkrasına göre her ikamet yeri değişikliğini ve üç günden uzun süreli yabancılar dairesinin yetki sahasından ayrılışları yetkili yabancılar dairesine önceden bildirmek zorundasınız. Bu yükümlülüğü ihlal etmeniz halinde, sınır dışı edilmek amacıyla gözaltına alınmanız gerekir (İkamet Kanunu'nun 62. maddesi 3. fıkrası 1. bendi 1. tümcesi ile 62. maddesi 3a fıkrası 3. bendi).

İkamet Kanunu'nun 60b Maddesine Göre Özel Bilgilendirme

60b maddesine göre pasaport veya pasaport yerine geçen belgeleri temin etmeniz sizden beklenebilir:

1. Alman Pasaport Kanunu hükümlerine, özellikle de yürürlükte olan metniyle Pasaport Kanunu'nun 6 ve 15. maddelerine uygun olarak bir pasaportun düzenlenmesi veya yenilenmesi konusunda işbirliği yapmak ve bunun sizden beklenemez bir sertliğe yol açmaması kaydıyla, menşe ülke makamları tarafından bir başvurunun menşe ülke kanunlarına uygun olarak işleme alınmasına müsamaha göstermek;
2. sizden beklenemez olmadığı sürece, menşe ülke makamlarına bizzat başvurma, mülakatlara katılma, talep üzerine fotoğraf çekirme ve parmak izi verme, menşe ülkenin yasal ve idari uygulamalarının gerektirdiği bilgileri verme veya beyanda bulunma veya bu ülkenin yasal ve idari uygulamalarının gerektirdiği diğer işlemleri yapmak;
3. seyahat belgesinin düzenlenmesinin buna bağlı olması durumunda, Alman kanunlarına göre yasal yükümlülük çerçevesinde kendi isteğinizle Almanya Federal Cumhuriyeti'ni terk etmek için menşe ülke makamlarına karşı beyanda bulunmak;
4. seyahat belgesinin düzenlenmesinin buna bağlı olması durumunda, askerlik hizmetinin yerine getirilmesinin mücbir sebeplerle sizden beklenemez olmaması kaydıyla, askerlik hizmetini yerine getireceğinizi beyan etmek ve sizden beklenebilir diğer vatandaşlık görevlerini yerine getirmek;
5. sizden beklenemez olmadığı sürece, resmi pasaport tedarik işlemleri için menşe ülke tarafından genel olarak belirlenen ücretleri ödemek ve
6. hal ve hukuki durumdaki bir değişiklik nedeniyle menşe ülke makamları tarafından pasaport veya pasaport yerine geçen belgenin verilmesinin yeterli olasılıkla



beklenmesi ve yabancılar dairesinin sizden işlemleri yeniden yapmanızı talep etmesi koşuluyla, pasaport veya pasaport yerine geçen belgenin verilmesi için sizden beklenebilir olması şartıyla yeniden başvuruda bulunmak ve 1 ile 5 arası maddelerde belirtilen işlemleri yapmak.

Bu belge ile İkamet Kanunu'nun 60b maddesi 3. fıkrası 2. bendi kapsamındaki yükümlülükleriniz hakkında bilgilendirilmiş bulunmaktasınız.

1, 2 ve 6. maddelerde belirtilen yükümlülükleri yerine getirmediğiniz takdirde, kanunlara göre kaçma riski taşıdığınıza dair somut göstergeler mevcuttur (İkamet Kanunu'nun 62. maddesi 3b fıkrası 5. bendi). Bu şekilde beliren kaçma riski, sınır dışı edilmenizi güvence altına almak için gözaltına alınabileceğiniz anlamına gelir (sınır dışı edilmek amacıyla gözaltı) (İkamet Kanunu'nun 62. maddesi 3. fıkrası 1. bendi 1. tümcesi).

Hastalık Nedeniyle Sınır Dışı Edilmenin Önündeki Engellerin İleri Sürülmesine Dair Bilgilendirme:

Genel olarak, sınır dışı edilmeyi engelleyecek sağlık nedenlerinin bulunmadığı varsayılır (İkamet Kanunu'nun 60a maddesi 2c fıkrası).

İkamet Kanunu'nun 60a maddesi 2c ve 2d fıkralarına göre, hastalık nedeniyle sınır dışı edilmeye engel teşkil edebilecek bir hastalık durumunda, uzman bir doktordan olguları değerlendiren, klinik tablo (teşhis), hastalığın ciddiyeti ve olası sonuçları hakkında uzman bir tıbbi değerlendirme içeren nitelikli bir tıbbi rapor sunmanız gerektiği konusunda bilgilendirilmektesiniz. Bu sadece seyahat edebilirlik veya seyahat edemezlik durumunuzu belirlemeye yarar.

Belge mevcutsa, derhal Rosenheim Kaymakamlığı Yabancılar Dairesi'ne ibraz edilmelidir (İkamet Kanunu'nun 60a maddesi 2d fıkrası 1. bendi). Kendi kusurunuz olmaksızın belgenin gecikmeli ibrazı halinde, bunun dikkate alınması gerekmez (İkamet Kanunu'nun 60a maddesi 2d fıkrası 2. bendi). Hayati tehlike arz eden veya ağır bir hastalık, sınır dışı edilme nedeniyle önemli ölçüde kötüleşecek olmalıdır. Yabancılar dairesi tarafından öngörülen tıbbi muayeneler yaptırılmalıdır. Reddetmeniz halinde hastalık dikkate alınmayabilir (İkamet Kanunu'nun 60a maddesi 2d fıkrası 3. bendi).

Resmî makamın tıbbi muayene talebine uymamanız halinde, kanunlara göre kaçma riski taşıdığınıza dair somut göstergeler mevcuttur (İkamet Kanunu'nun 62. maddesi 3b fıkrası 5. bendi). Bu şekilde beliren kaçma riski, sınır dışı edilmenizi güvence altına almak için gözaltına alınabileceğiniz anlamına gelir (sınır dışı edilmek amacıyla gözaltı) (İkamet Kanunu'nun 62. maddesi 3. fıkrası 1. bendi 1. tümcesi).

Yukarıdaki bilgilendirmeyi aldığımı teyit ederim.

(Yer, Tarih)

(İmza)